

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen  Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

22. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Befreiung

Berlin, den 29. Mai 1926

Ersteinst vierzehntägig Samstag
Eingelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 11

Der Idee muß die Tat folgen!

Um zu besseren Formen des Erdendaseins und des Zusammenlebens der Menschen zu kommen, haben sich die deutschen Arbeiter gewerkschaftliche Organisationen geschaffen. Heute gehen viele Wissenschaftler und Gelehrte dazu über, eine nach allen Regeln der Kunst fein abgegriffene Begriffsbestimmung über die Aufgaben der Gewerkschaften zu treffen. Wir haben nichts dagegen, freuen uns vielmehr über die wachsende Beachtung, die die Gewerkschaften jetzt finden. Will man wissen, warum sich die aufstrebenden Arbeiter zusammenschließen, warum sie für die Gewerkschaft diese gelblichen und persönlichen Opfer bringen, dann darf man nicht nur Äußerlichkeiten sehen. Sie malen das Bild keineswegs naturgetreu und führen meist zu falschen Schlüssen. Man muß hinabsteigen vom hohen Katheder und hineingehen in die Betriebe, wo es lauft und braunt, wo es siedet und zischt. Und dann muß man den Tausenden nach Schluß ihres Tagewerkes folgen zu den elenden Wohnungen im zweiten oder dritten Hof, vier Treppen hoch oder da unten im leuchten Keller. O, gewiß, es ist schon manches besser und freundlicher und lebensfroher geworden durch die Tätigkeit und durch die Kämpfe der Organisationen. Aber woher die sozialen Spannungen kommen und wie man sie verstehen muß, das sieht und fühlt man nur, wenn man selbst mitten unter den Tausenden und Millionen steht oder gestanden hat. Dann weiß man auch, was dem Arbeiter die Gewerkschaft bedeutet.

Die Idee unserer Bewegung muß zu besseren Formen führen. An Stelle von Unterdrückung muß Gleichberechtigung, Gleichbewertung und Gleichachtung treten für alle Menschen, die ihre Pflichten als Glieder einer sozialen Gemeinschaft erfüllen. Wäre unser ganzes Wirtschaftsleben und wären die lebendigen Kräfte in der Wirtschaft allesamt von den christlichen Prinzipien beherrscht, wahrhaftig, wir hätten keine Ursache, solche Forderungen zu erheben. Jedoch, an Stelle des christlichen Sittengesetzes herrscht heute noch der individuelle und materialistische Geist. Der Ich-Mensch gibt den Ton an und nur das Geld ist vielen Gott. So kommt es, daß wir immer wieder nach der wahren Volksgemeinschaft rufen, sie aber nicht herbeiführen, solange jeder nur auf seinen Vorteil bedacht ist.

Unsere Bewegung ist auf dem Solidaritäts- und auf dem Aufbau. Wir sehen ein, daß der Einsatz von uns zu schwach und zu armelig war, um etwas für die Schaffung besserer Formen tun zu können. So reichten wir uns die Hand. So schlossen wir uns zu einer Berufsorganisation zusammen und arbeiteten gemeinsam mit den anderen Brüdernverbänden um den großen Ziele. Die Werbung des Solidaritätsgefühls in der Arbeiterschaft ist eine der größten Taten unserer alten Gewerkschaftstämme. Nicht gegenwärtige Bekämpfung, sondern Sichverstreuen, Duldung, Versteigerung, Brüderliebe forderten wir von unseren Brüdern. Das alles war nur auf dem Wege einer unausgesetzten Erziehungsarbeit zu erreichen. Sie ist noch nicht abgeschlossen, wird nie abgeschlossen werden können. Aber erreicht haben wir, daß die Besten der Arbeiterschaft sich heute mit Stolz Gewerkschaftler, christliche Gewerkschaftler nennen.

Die Verhältnisse brachten es mit sich, daß sich das Betätigungsfeld der Organisationen im Laufe der Jahre immer mehr ausdehnte. Erst galt es, das Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages zu erzielen. Die Unternehmer in den meisten Berufen wehrten sich mit allen Mitteln dagegen, daß ihnen das Recht der einseitigen Festsetzung von Arbeitslohn und Arbeitsbedingungen genommen werden sollte. Ob sie wollen oder nicht — heute müssen sie mit der

Arbeitern gemeinsam verhandeln. Der Tarifvertrag beeinflusste das Arbeitsrecht. Wir haben besondere Berichte für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis auf freiwilliger tariflicher oder auf gesetzlicher Grundlage. Wir haben ferner die Möglichkeit, den Tarifverträgen einen gesetzlichen Charakter durch die Allgemeinverbindlichkeitsverordnungen zu geben.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung sind die in den letzten Jahren durchgeführten Neuerungen beachtenswert. Die Unfallversicherung hat einen solchen Umbau erfahren, daß jetzt derjenige, der bei seiner Arbeit irgendwie zu Schaden kommt und deswegen arbeitsunfähig wird, vor Not geschützt ist. Nicht so gut steht es mit den Krankenkassen, zumal dann nicht, wenn sie keinen beruflichen Charakter haben. Diese können noch am ehesten die großen Risiken mildern. Anders ist es mit den allgemeinen Ortskrankenkassen. Sie sind infolge des hohen Krankentageskapitalarm. Dieser Umstand wirkt auf die ärztliche Behandlung der Patienten und auf die Medikamentenein. Man sagt, es beständen Vorschriften, nur immer das Nötigste zu nehmen. Mit der Sorge um das köstliche Gut des Menschen, die Gesundheit, ist diese Vorschrift keineswegs mehr vereinbar. Die Beiträge der Krankenkassen sind überall hoch. Es wird auch behauptet, daß man viel zu viel Mittel für die Verwaltung ausgäbe. Diese Mittel sollten beschränkt und dafür die Leistungen erhöht werden. Wir wissen zwar nicht, ob das überall durchzuführen ist. Aber eines wissen wir, daß die Krankenkassen zum großen Teile das sind, was die Versicherten aus diesen Institutionen zu machen verstehen. Denn sie haben hier die Selbstverwaltung. Die Arbeitnehmer sogar zu zwei Dritteln. Über die Pflichtleistungen der Reichsversicherungsordnung kann in jedem Falle hinausgegangen werden. Bekümmern wir uns also mehr um die Krankenkassen und sagen wir unseren Vertretern, was wir auf diesem Gebiete noch erwarten. Die Krankenkassen erheben heute auch die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge. Sie wurde erst in der Nachkriegszeit eingeführt und war ursprünglich nur als eine Notstandsmaßnahme für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer gedacht. Bis zum Spätherbst 1923 brachte das Reich aus den allgemeinen Einnahmen die Summen für die Erwerbslosenfürsorge auf. Dann wurden Pflichtbeiträge eingeführt. Heute müssen alle der Krankenkassen- und Angestelltenversicherungspflicht unterliegenden Personen diese Beiträge leisten. Einen rechtlichen Anspruch auf die Erwerbslosenenunterstützung haben sie aber damit noch nicht. Diese Unterstützung wird noch immer von der Bedürftigkeit abhängig gemacht. Sie ist auch in ihrer Höhe in den einzelnen Landesstellen und in den einzelnen Städten sehr verschieden. Eine solche Regelung ist auf die Dauer unhaltbar. Der Beiträge Zahl, muß auch einen Rechtsanspruch auf die Leistungen haben. Die maßgebenden Stellen sind gewillt, diesem Verlangen zu entsprechen, wünschen jedoch eine gewisse Uebergangszeit. Wir erwarten, daß diese Uebergangszeit nicht gar zu lange dauert. In der Arbeiterschaft hat man allgemein die Auffassung, daß die Regierung anderen Kreisen gegenüber diese Verzögerungspolitik nicht getrieben hätte. Die Langmut der Arbeiter scheint man auszunutzen. Mit der Arbeitslosenfürsicherung soll zugleich auch die Kurzarbeiterunterstützung geregelt werden. Kenner der Verhältnisse behaupten, daß wir in Deutschland für absehbare Zeit mit erheblichen Arbeitslosenzahlen zu rechnen haben. Man kann diese Behauptung nicht von der Hand weisen, zumal, wenn man daran denkt, daß die Rationalisierung der Betriebe im Augenblick wenigstens immer mehr Arbeitskräfte überflüssig

macht und die Konsumkraft geschwächt ist. So gesehen, ist das Arbeitslosenfürsicherungsgesetz für uns von ungeheurer Bedeutung.

Die Entwicklung der Versicherungen für die Invalidität und für das Alter der Arbeitnehmer wurde durch die Inflation im Jahre zurückgeworfen. Gewiß, der deutsche Arbeiter ist in solchen Fällen nicht ganz schuldlos der Not und dem Elend preisgegeben. Er bekommt einige Zehnjahre. Aber die sind, um mit dem Volksmunde zu reden, zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Die Versicherung mit ihrer heutigen Leistung kann seinem Arbeiter das beruhigende Gefühl geben, daß er für die Zeit der Invalidität oder für das hohe Alter einigermaßen wirtschaftlich gesichert ist. Wir wissen zwar, daß man hier nur langsam aufbauen kann. Was man aber beispielsweise den Beamten als ganz selbstverständlich zubilligt, das sollte man auch den Arbeitern zugestehen. Denn beide, Arbeiter und Beamte, stehen ja im Dienste der Allgemeinheit, schaffen an wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des Volkes; beide können eine bescheidene Versorgung verlangen.

Für den größten Teil der Unternehmer sind die sozialen Lasten, die unsere Wirtschaft zu tragen hat, unhaltbar. Wir betrachten die sozialen Beiträge als einen Teil unseres Lohnes, der für die besonderen Fälle zurückgelegt werden muß. In Amerika, das keine staatlichen Versicherungsanstalten kennt, erhält der Arbeiter einen viermal höheren Lohn als in Deutschland und ist dadurch selbst in der Lage, Vorsorge treffen zu können. Er hat dazu auch die Pflicht. Man kann das eine oder das andere System wägen, die allgemeine oder die individuelle Fürsorge. Ist das eine nicht möglich, dann muß das andere geschehen. Wer der Wirtschaft dient, muß auch von der Wirtschaft erhalten werden!

Vorank kommt es an? Darauf, daß wir klar unsere Aufgaben erkennen und unsere ganze Tätigkeit auf diese Aufgaben vereinigen. Einsicht und Einbild gehören dazu. Uns wird von der Organisation Gelegenheit geboten, sie zu erlangen. Benutzen wir diese Gelegenheiten. Beleben wir unsere Versammlungen, verfolgen wir die Zeitschriften, studieren wir unsere Gewerkschaftsliteratur. Dann werden unsere Ideen fruchtbar werden.

Die organisierte Spartraft

Mit Reden, Kritiken, Entschuldigungen und Demonstrationen heben wir die Welt nicht aus den Angeln. Im Anfang war vielmehr die Tat. Sie ist entscheidend. Entscheidend für das Schicksal eines Standes und eines Volkes, entscheidend sogar für die Entwicklung der Menschheit.

Wir reden in unseren Gewerkschaften viel. Wir schreiben viel. Wir fassen Entschlüsse. Wir protestieren. Und wenn es kein muß, demonstrieren wir auch. Warum nicht? Das ist unser gutes Recht. Das bringt das Leben in der Organisation mit sich. Das erfordert die gewerkschaftliche Aktivität, die wir überall sehen möchten, hier und dort aber vermissen. Jedem Vortrag muß sich in unseren Kreisen eine Aussprache anschließen. Je lebhafter die Aussprache, um so reger der gewerkschaftliche Geist. Wäre es anders, wir könnten uns bald den behabigen Spießbürgern zurechnen.

Das wollen wir nicht. Wir drängen zur Tat. Wir wollen nicht immer kritisieren, nicht immer theoretisieren, wir wollen etwas sehen. Alles muß einmal Gestalt und Form annehmen. Auf dem östlichen Kongress der christlichen Gewerkschaften 1920 kündigte Stegerwald in seiner großen Rede die Gründung einer eigenen Tageszeitung und einer eigenen Volksbank an. Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ erscheint heute im 6. Jahrgang, unsere Deutsche Volksbank nahm gleich nach dem

Eisener Kongress ihre Tätigkeit auf und erzielte 1925 einen Umsatz von über 400 Millionen Mark.

Diese unsere Deutsche Volksbank hat jetzt unter dem Titel, den wir für diesen Aufsatz wählten, eine schmutzige Werbebrochüre herausgegeben, die die besondere Beachtung aller christlichen Gewerkschaftler verdient. Ein wirkungsvoll gezeichneter Umschlag in zwei Farben macht das 32 Seiten umfassende Strafbüchlein auch äußerlich begehrenswert. Einem Gewerkschaftler, der die Bedeutung der organisierten Sparkraft erkannt hat, wird die Brochüre mehr sein als eine klüchtige Vektüre. In ihr werden in kurzer, verständlicher Form Sinn, Methoden und Ziele der organisierten Sparkraft behandelt.

Warum wollen wir in unserer Bewegung auch auf dem Gebiete des Sparwesens die Kräfte zusammenfassen? Warum, weil wir Einfluss auf die Verwendung unserer Spargelder wünschen. Eine Bewegung, die ständig an Bedeutung gewinnt, kann es nicht mehr ertragen, daß die Sparkraft ihrer Mitglieder in entscheidenden Augenblicken gegen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft eingesetzt wird. Wir müssen es ablehnen, weiter Waffen zu unserer eigenen Bekämpfung zu liefern. Wer sich Klarmacht, was heute die Finanzkräfte im Wirtschaftsleben bedeuten, der wird der gleichen Meinung sein. Zudem wird das Verfügungsrecht über unsere Sparkraft selbst in Händen haben, wachen wir in den Mittelbeis der Wirtschaft hinein. Wenn wir aber Mitbewerber der Wirtschaft werden, dann muß und wird es uns auch gelingen, diese Wirtschaft zu verstaatlichen.

Wir denken wir uns die Organisation unserer Sparkraft? Auf dem Gebiete liegen bereits Erfahrungen vor. Im ganzen Reich gibt es etwa 400 Annahmestellen für unsere Deutsche Volksbank. Kleine Beträge tauscht man gegen Sparmarken ein, größere werden auf dem Wege des Postfachverkehrs gleich der Post überwiesen. Einzahlung und Rückzahlung bringen hier und da Unbequemlichkeiten, das soll nicht geklagt werden. Diese aber sollten von allen in Kauf genommen werden, weil es um ein großes Ziel geht. Das Streben muß darauf gerichtet sein, zumindest jedes unserer Gewerkschaftsstellens zu einer Abwärtswirtschaft für den Sparverkehr unserer Deutschen Volksbank einzurichten. Hindernisse lassen sich hinwegräumen, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Den guten Willen muß auch der Sparrer haben. Es könnte vielleicht freivol erscheinen, wenn wir heute zum Sparen anfordern. Wo nichts einfließt, da kann auch nichts gespart werden. Das ist richtig. Wichtig ist auch, daß es im Haushalt, in der Küche, in der Kleidung, noch immer an diesem und jenem fehlt, daß jeder verbleibende Pfennig für solche Anschaffungen zurückgelegt werden muß. Wir müssen allesamt erst zu einer gewissen Substanz kommen. Und trotzdem durchweg solche Verhältnisse vorliegen, wird heute schon wieder fleißig gespart. Fleißiger als in Vorkriegszeiten. Das ist keine Redensart, das sind Tatsachen. Man versorge die Berichte der Sparkassen. Unter den Sparern befinden sich sicher auch Anhänger unserer Bewegung. Vielleicht sind sie sogar verhältnismäßig am stärksten am Sparsparen beteiligt. Das Ziel eines jeden strebsamen Menschen ist es ja, einige Hundert Mark als wirtschaftliche Rückendeckung für alle Fälle zurückzulegen. Möge bald die Zeit kommen, wo dieses Ziel von jedem erreicht werden kann.

Warum sparen wir nicht bei unserer eigenen Sparkasse? Warum gehen wir zu solchen Sparkassen, auf deren Leitung wir nicht den geringsten Einfluß haben? Warum tun wir das? Weil wir noch immer unsere eigenen Kräfte unterschätzen. Wir sind gar nicht so schwach und gar nicht so einflusslos, wenn wir unsere Kräfte zur rechten Zeit und am rechten Ort einsetzen. Lernen wir da von der amerikanischen Arbeiterschaft. Die hat sich mit ihren Banken eine starke wirtschaftliche Macht geschaffen. Das können wir auch. Nein, das müssen wir, wenn unsere Arbeit nicht Stückwerk bleiben soll.

Westdeutsche Verbandstagung

Wir wollen sein ein einzig Volk von Westdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr!

Mit voller Berechtigung paßt dieser Spruch auf die glänzende verlaufene Westdeutsche Verbandstagung am 16. Mai in Barmen. Die Bezirke Niederrhein, Mittelrhein und Nordwestdeutschland hatten auf daran getan, einmal eine solche Tagung zu veranstalten.

Vornehm sei für die Ortsgruppen Barmen-Elberfeld der freundliche Empfang hervorgehoben, wofür ihnen herzlichster Dank gebührt. An den beiden Hauptzeugnissen empfing der Bedinghauser Gesangchor unter Leitung des Kollegen Hugo Dorn die bald 100 zählenden Delegierten aus Rheinland, Westfalen und Hannover. Der Empfang am Bahnhof ließ erkennen, daß man unter Brüdern weite, daß man zusammensteht und zusammenhält imwieder. Nach herzlichster Begrüßung ging es zum feierlich geschmückten Tagungsort, wo die Verhandlungen mit dem Vortrag einiger Musikstücke des schon genannten Gesangchors ihren Anfang nahmen.

Um 10^{1/2} Uhr eröffnete und begrüßte Bezirksleiter Kollege Schmitz (M. Gladbach) die Versammelten. Zuerst wurde des am 31. März verstorbenen Bezirksleiters Kollegen Dericum (Düren) ehrend gedacht. Möge unser lieber Freund und Kollege Peter Dericum ruhen in Frieden!

Es konnten dann mehrere Gäste begrüßt werden. Die konfessionellen Ständevereine beider Richtungen hatten Vertreter entsandt, um die Zusammengehörigkeit zu dokumentieren. Vertreter des Gewerkschaftsverbandes, des Wohlfahrtsausschusses der christlichen Arbeiterschaft, der übrigen christlichen Berufsverbände und mehrere Vertreter des Guttenberg-Bundes waren erschienen. Unser Zentralvorsitzender Kollege Kornbach sowie die Hauptvorstandsmitglieder Körtz, Wisch, Burgart, Kupperts und Hommesen waren ebenfalls anwesend. Aus einer Reihe von Ortsgruppen waren jugendliche Kollegen und auch eine Anzahl Kolleginnen anwesend. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Schmitz (M. Gladbach), zum 2. Vorsitzenden Kollege Kumbücker (Dortmund), zum Schriftführer Kollege Kockel (Düren) gewählt.

Der alte treue, in unserer Bewegung ergraunte Kämpfer Kollege Gummertsbach (Hagen) sprach im Namen aller Anwesenden den Ortsgruppen Barmen-Elberfeld für den freundlichen Empfang den herzlichsten Dank aus.

Es folgten die Berichte der Bezirksleiter Schmitz (M. Gladbach) für den Niederrheinischen, Kockel (Düren) für den Mittelrheinischen und Kumbücker

(Dortmund) für den Nordwestdeutschen Bezirk. Gemessen an der Wirtschaftskrise sind die Bezirksberichte gut zu nennen. Doch sei gesagt, daß wir nicht zufrieden sein können, und noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Ein Aufstieg der Mitgliederzahlen war bis zum Herbst 1925 zu verzeichnen. In den meisten Orten ist seitdem der Mitgliederbestand gleich geblieben, andere Ortsgruppen haben durch Arbeitslosigkeit usw. einige Mitglieder verloren. Die rechtzeitige Einsetzung der Quartalsabrechnungen, Berichtserstattung an die Zentrale und Bezirke muß besser vor sich gehen. Das Verbandstehen innerhalb der Ortsgruppen muß ebenfalls noch eine Beförderung erfahren. Regelmäßige monatliche Versammlungen sollten überall eingeführt werden. Einführung vernünftiger Lokalbeiträge muß ebenfalls eine Aufgabe für die Zukunft sein. In fast allen Orten können noch Mitglieder gewonnen werden. Unorganisierte darf es im graphischen Gewerbe nicht mehr geben. In den Papierverarbeitungsindustrien, Kartonnagen, Tüten usw. müssen ebenfalls durch Aufklärung und dauernde Agitation die Gleichgültigen aufgerüttelt werden. Der Erfassung der Verleiher und der jugendlichen Arbeiter sowie auch der Gewinnung der Arbeiterinnen muß in Zukunft ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Die Volksgewerkschaften müssen aufklärt und für uns zu gewinnen versucht werden. Durch Zusammenarbeit mit den konfessionellen Ständevereinen muß das zu erreichen sein. Nicht Nachläsiger wollen wir, sondern überzeugte christliche Gewerkschaftler. In der Agitation soll man sich nicht allein auf die Bezirksleiter verlassen. Persönliche Erfassung durch die einzelnen Mitglieder ist am wirksamsten.

Einen breiten Raum nahm die Berichtserstattung über das Tarifwesen ein. In mehreren Orten der drei Bezirke glauben unsere Arbeitgeber, aufgehört durch berufsunkundige Syndizi, sich von der tariflichen „Kessell“ befreien zu wollen. Es dürfte die Zeit kommen, wo dieses Tun der Arbeitgeber von diesen selbst bitter bereut wird. Nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern nur mit ihr muß gearbeitet werden zum eigenen und zum Nutzen des ganzen Gewerbes. Das Jüchsen gelber Werksameinschaften in unserem Gewerbe wurde scharf verurteilt. Keine Leiseträger, keine Mutspiesler, die äußerlich gelb-schwarz innerlich aber rot sind, kann unser Gewerbe gebrauchen, sondern echte aufrechte Gewerkschaftler, die im Beruf und im öffentlichen Leben ihren Mann stellen. Verschwiegen wurde auch nicht, daß wegen der bestehenden Krise, durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mutlos gemacht, ein Teil der Kolleginnen und Kollegen glauben, durch Unterbietung des Tarifs dem Gewerbe zu nützen und die Betriebe hochhalten zu können. Mögen sich alle jene gesagt sein lassen, daß das Kalische ihres Tuns nicht ihnen und dem Gewerbe, sondern einzig und allein dem Unternehmer zugute kommt. Unsere Karole kann nur sein: weiterer Ausbau der Tarife. Wir haben heute noch keine Tarife, die für unser Gewerbe untragbar sind. Dieser, von den Unternehmern oft gebrauchte Ausdruck, dient nur der Zerschlagung der Arbeiterschaft. Anerkannt soll aber auch werden, daß es eine Reihe Arbeitgeber in unserem Gewerbe gibt, auf die obige Ausführungen nicht passen. Nicht der Lohn und die sonstigen tariflichen Bedingungen müssen abgebaut werden, sondern die manchmal sehr hohen Betriebs- und Geschäftsausgaben, diese müssen auf ein

Können wir unser Leben verlängern?

Manchen dünkt diese Frage vielleicht einfältig. Manchem erscheint sie auch wohl zwecklos. Nicht erst ein feindsüchtiger Staatsmann prägte den Satz von den 20 Millionen Deutschen, die zuviel seien. Die Ansicht, daß im verkleinerten und verarmten Deutschland eine Bevölkerung von 60 Millionen kaum einen menschenwürdigen Lebensunterhalt mehr finden kann, wird nicht nur in wissenschaftlichen Zirkeln vertreten. Sie ist auch in der Arbeiterschaft anzutreffen. Dazu dient die große Zahl der Arbeitslosen noch als Beleg für diese Meinungen. Und leicht kommt man von einer solchen Betrachtungsweise zu dem Schluß, daß es also gar keinen Wert habe, die Verlängerung unseres Lebens zu erstreben, wenn ein großer Teil unseres Volkes sich des Lebens nicht freuen kann. Manchen ist das Leben eine furchtbare Last, die sie kaum noch zu tragen vermögen.

Und doch! Die meisten Menschen bejahen das Leben. Trotz aller wirtschaftlichen Nöte und Sorgen schaffen und streben sie bis ans Grab. Alles tun sie, um dieses ihr Leben — und sei es noch so schicksalsschwer — zu verlängern. Gabe es eine Medizin gegen den Tod, es wäre sicher, daß jeder alles daran setzen würde, um in den Besitz dieser Medizin zu gelangen. Der Gebante, möglichst lange zu leben, zieht den Seimigen zu erhalten und schließlich von den Früchten einer langen Lebensarbeit zu zehren, ist natürlich und gesund. Der religiöse Mensch betrachtet das Alter ja als eine besondere Gnade. Kann nun jeder einzelne von uns zur Erreichung eines hohen Alters etwas beitragen?

Zweifellos. Wer alt werden will, muß gesund bleiben. Wer aber gesund bleiben will, muß eine vernünftige Lebensweise führen. Damit kommen wir schon von selbst auf das Gebiet der Hygiene, was nichts anderes heißt als Gesundheitslehre, Gesundheitspflege und Fürsorge. Diese betreibt bei uns in Deutschland in ganz hervorragender Weise der Staat, sie

mühte nebenher auch von jedem einzelnen Staatsbürger betrieben werden. Weichen wir zunächst bei dem, was ist. Schon für den Säugling in der Wiege ist gesorgt. Durch die Säuglingsfürsorge hat man die Kindersterblichkeit wesentlich herabgedrückt. In den Schulen werden die ärztlichen Untersuchungen fortgesetzt. Tuberkulose und syphilitische Kinder kommen in Erholungsheime und aufs Land. Wer einen Beruf erlernen will, wird heute vielfach gelegentlich der Eignungsprüfung auch vom Arzte auf die besondere Eignung für den erwählten Beruf untersucht. Schon in den allerersten Jahren werden solche Untersuchungen vor der Ergriffung eines Berufes eine Selbstverständlichkeit sein. Wer im Erwerbsleben steht, wird von unserer Sozialversicherung erfasst. Dessen Zweige: Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angelegenheitsversicherung haben bisher Vorbildliches geleistet und werden es noch mehr tun.

Angesichts der alle Gebiete umfassenden staatlichen Gesundheitspflege und -fürsorge neigt man leicht der Ansicht zu, es erübrige sich das persönliche Bemühen um Gesundheit und Schaffensfreudigkeit und damit um ein langes Leben. Wir Deutschen sind ja überhaupt schnell bei der Hand, den Staat für alles und jedes verantwortlich zu machen. Wir vergessen dabei, daß jeder von uns den Staat bildet, und daß jeder in erster Linie das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl handeln lassen muß. Wie kann das geschehen?

Diese Frage beantwortet eine 132 Seiten starke Brochüre, die von unserer Deutschen Lebensversicherung (Berlin-Friedenau, Säbnerstr. 15a) herausgegeben wird. Unter dem Titel „Die Kunst, alt zu werden und jung zu bleiben“ gibt Direktor Dr. Walter Fittsche in elf Kapiteln auf Grund eines reichen und gründlichen Quellenstudiums und eigener Lebenserfahrung heilsame Lehren und Ratschläge, für die jeder Leser dankbar sein wird. Die Deutsche Lebensversicherung geht jetzt daran, als erste deutsche Versicherungsgesellschaft überhaupt eine Gesundheitsfürsorge und einen Lebensverlängerungsdienst einzurichten.

Damit folgt sie dem Beispiel der meisten der amerikanischen Versicherungsgesellschaften, die mit dieser Einrichtung schon in wenigen Jahren beachtenswerte Erfolge erzielt. In Verbindung mit der Lebensversicherung gewinnt dieser Lebensverlängerungsdienst auch für die schaffenden Kreise unseres Volkes eine große Bedeutung.

In der schon erwähnten Brochüre wird zutreffend ausgeführt, daß Amerika, das Land des Individualismus, in erster Linie berufen war, die Selbsthilfe, die eigene persönliche Initiative, in den Dienst der Gesundheitspflege und der Verlängerung des Lebens zu stellen. Die Seele der Lebensverlängerungsbewegung ist heute der amerikanische Arzt Dr. Fisk. „Wert die altmodische Auffassung weg“, ruft dieser seinen Kollegen zu, „daß die zunehmende Häufung der Todesfälle an Arteriosklerose, an Krebs usw. eine Folge der frühzeitigen körperlichen Abnutzung sei. Nützt eure Aufmerksamkeit vielmehr auf die Auffassung der Bergiftungsquellen im Körper der Patienten! Nützt vor allem auf die Zähne, Mandeln, die Nase mit ihren Nebenhöhlen usw., wo Hauptbrutstätten für die Gifte liegen, die den Körper schädigen, seine Lebensdauer verkürzen!“ Die öffentliche Gesundheitsfürsorge ist gut, sie muß aber von der persönlichen Gesundheitsfürsorge ergänzt werden. Dazu erst würde aufhören, was uns jetzt schreckt, daß die mittlere Lebensdauer nach dem 50. Lebensjahr so schnell abnimmt. Die persönliche Gesundheitsfürsorge findet aber ihren Kernpunkt in den periodisch wiederkehrenden Untersuchungen des gesunden oder doch scheinbar gesunden Menschen, um rechtzeitig Krankheiten oder Krankheitsanlagen zu entdecken und sie, wenn möglich, zu verbannen oder doch in ihrer Entwicklung aufzuhalten. Es müsse aufhören, daß der Arzt erst gerufen wird, wenn die Krankheit schon zum Ausbruch gekommen ist. Nicht das Leben von Bränden, sondern das Verhalten von Bränden muß die ärztliche Aufgabe werden. Dazu beizutragen, sei der Lebensverlängerungsdienst berufen.

Mindestmaß herabgedrückt werden. Mit einer wegen schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen unzufriedenen Arbeiterkraft erzielt man keine Höchstleistungen und keine Qualitätsarbeit. Alle Berufsangehörigen aber mögen für reifste Durchföhrung ihres ersten Weibes, des Tarifvertrages, Sorge tragen.

Auf sonstigem arbeitsrechtlichen Gebiete muß ein besseres Hand-in-Handarbeiten mit den Betriebsräten herbeigeföhrt werden. Das Betriebsratsgesetz bedarf in Zukunft auch in unseren Betrieben mehr der Beachtung. Viel ist bisher durch das Gesetz für die Arbeiterkraft erreicht worden. Bei richtiger Handhabung könnte mehr erreicht werden. Schulung und Aufklärung ist hier dringend nötig.

In sozialpolitischer Hinsicht wurde bemängelt, daß das langjährige Arbeitslosenversicherungsgesetz immer noch nicht Wirklichkeit geworden ist, ferner, daß für die Kurzarbeiter bisher recht wenig geschehen ist. Der Arbeiter muß von der drückenden Sorge, wie er bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit und im Alter durchs Leben soll, befreit werden.

Die sehr rege, aber sachliche Aussprache nahm lange Zeit in Anspruch. Beachtliche Ausführungen als Ergänzung der Berichte machte Kollege **Sornbach**. Er behandelte unsere bestehenden Lohn- und Manteltarife. Ueber die Wirtschaften, die die Allgemeinverbindlichkeit der Buchbindertarife im Arbeitsverhältnis ausgelöst haben, sprach Kollege **Sornbach** eingehend. Er forderte weiter ein Festhalten der Kollegenschaft an dem Ertragenen. Schnur aufrecht zuhalten sei heute der Kartonnagenindustrie, weshalb er den in dieser Industrie Beschäftigten zurief, durch Anschluß an die Gewerkschaft nicht alles aufzugeben. Der Streich der Buchdruckerprinzipale, den Reichs- und Landesgewerkschaften zu beistehen, sei an dem einmütigen Willen der Hilfsarbeiterkraft gescheitert. Auch in der Folge werden derartige Versuche scheitern, wenn die Hilfsarbeiterkraft geschlossen bleibt. Es sprachen noch eine Reihe weiterer Kollegen in dem Sinne der Forderungen, die von den Berichterstattern aufgestellt waren. Dem Zentralvorstand wurde aufgetragen, in nächster Zeit eine für alle Gruppen gleiche Regelung betreffend der Prozentanteile von den Beiträgen zu schaffen. Das freiwillige System müsse fortfallen. Für den Invalidenfonds sollen alle bisherigen Prozente fortfallen. Die Sozialkassen sollen durch vernünftige Sozialbeiträge existenzfähig gestaltet werden. Erfolgreich war, wie mancher alte Kämpfer von uns und auch ein solcher des Guttenberg-Bundes aus der Gründungszeit unserer christlichen Gewerkschaften von Opferfreudigkeit und Tapferkeit sprachen und solches auch wieder für die heutige und kommende Zeit forderten.

Nach der Mittagspause sprach Kollege **Betterhaus** (Düsseldorf) vom christlichen Textilarbeiterverband über die Frage: „Was lehrt uns der 11. Kongreß unserer christlichen Gewerkschaften?“ Die eingehenden Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde die Zeitungsfrage angeschnitten. Von mehreren Anwesenden wurde es bemängelt, daß unsere „Christlichen Stimmen“ so wenig Sachartikel bringen. Einige Kollegen glaubten, daß für die Ortsgruppenberichte weniger Platz verbraucht werden sollte, dafür aber sachliche Artikel Aufnahme finden sollten. Meinungen, die Sachartikel nur in einer Sachbeilage zu bringen, den Raum unserer Verbandszeitung aber wie bisher, als Sprachrohr unserer Bewegung zu belassen, waren auch vorhanden. Kollege **Sornbach** sprach eingehend über diese Fragen und führte auch die Schwierigkeiten an, die vorhanden sind. Sollte in der angeschnittenen Frage etwas geschehen, müsse sich die Kollegenschaft auch zu etwas größeren Opfern bereit finden. Es wurde dem Zentralvorstande aufgetragen, der Frage des Ausbaues unserer „Christlichen Stimmen“ näherzutreten.

Gegen 5 1/2 Uhr konnte Kollege **Sornbach** nach einem kurzen Schlusswort die gut verlaufene Tagung schließen.

Um 7 Uhr abends fand für die Delegierten eine Festveranstaltung statt verbunden mit dem 23jährigen Stiftungsfest der Ortsgruppen **Barmen-Eberfeld**. In Verbindung des Zentralvorstehenden Kollegen **Sornbach**, der am Nachmittage nach Würzburg zu Tarifverhandlungen abreisen mußte, hielt Bezirksleiter Kollege **Kembigler** (Dortmund) die Festrede. Die gut besuchte Veranstaltung verlief gemühtlich. Am Montag waren für die Delegierten verschiedene Besichtigungen, an denen noch ein Teil der Delegierten teilnahm. Wohl alle, die an den Veranstaltungen beteiligt waren, werden den Kolleginnen und Kollegen sowie auch deren Familien in **Barmen-Eberfeld** ein bleibendes Andenken bewahren.

Dortmund.

Ludwig Kembigler.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister hat die derzeitige Höhe der Erwerbslosenfürsorge bis zum 3. Juli 1926 verlängert. Man hofft, von diesem Zeitpunkte ab die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Neuregelung (Wegfall der Bedürftigkeit und einheitliche Höhe nach dem Grundlohn) einföhren zu können.

Vermehrung der Haushaltungen als Ursache der Wohnungsnot. Eine im Jahre 1925 von einer Reihe deutscher Städte durchgeföhrt und kürzlich im „Reichsarbeitsblatt“ besprochene Erhebung über die Zahl der Wohnungen wirft ein neues Licht auf die heutige Wohnungsnot. Vergleicht man in dieser Statistik die Vermehrung der Wohnungen und die Bevölkerungszunahme, so scheint es, als ob eine Wohnungsnot nicht bestände, denn fast überall ist die Zahl der neuerbauten Wohnungen stärker angestiegen als die Bevölkerungszahl. Von 1910 bis 1925 vermehrten sich in Berlin die Wohnungen um 24,4 Prozent, die Bevölkerung wuchs nur um 7 1/2 Prozent. In Düsseldorf steht eine Vermehrung der Wohnungen um 37 Prozent einer Bevölkerungszunahme von 17,7 Prozent gegenüber, für Leipzig wird eine Wohnungsvermehrung von 26,3 Prozent und eine Bevölkerungszunahme von 15,2 Prozent angegeben. Auch die Tabelle über die Wohnungsdichtigkeit scheint eine Wohnungsnot in Abrede zu stellen, denn die Zahl der auf eine Wohnung entfallenden Personen ist von 1910 bis 1925 zurückgegangen, in Bremen z. B. von 4,4 auf 3,7 Personen, in Brandenburg von 4,8 auf 3,6, in Leipzig von 4,3 auf 3,9 Personen usw. Zu einem anderen Ergebnis kommt man jedoch, wenn man bei der Untersuchung der Zahl der Wohnungen den Aufbau der Bevölkerung berücksichtigt. Es zeigt sich nämlich, daß die Zahl der Haushaltungen außerordentlich rasch gestiegen ist, und daß die Vermehrung der Wohnungen mit dieser Steigerung nicht Schritt gehalten hat. Es sind daher viele Familien darauf angewiesen, mit anderen ihre Wohnung zu teilen. Mit zwei oder mehr Haushaltungen waren in Nürnberg 13,59 Prozent, in Halle 10,5 Prozent, in Kassel 10,1 Prozent, in Hannover 9,1 Prozent aller Wohnungen belegt. Die Zahl der fehlenden Wohnungen betrug auf je 1000 Einwohner berechnet in Nürnberg 40,3, in Hannover 39,8, in Kassel 35,1, in Brandenburg 32,5, in Koblenz 30 usw. Die Wohnungsnot ist also ein Mangel an Wohnungen für die zwar kleineren, aber um so zahlreicheren Haushaltungen. Besonders überfüllt sind die Kleinwohnungen: in Bochum wohnen 20,14 Prozent der Einwohner in Wohnungen, in welchen mehr als zwei Personen auf einen Raum entfallen, in Kaiserslautern 31,2 Prozent, in Brandenburg wohnt 1/3 der Wohnbevölkerung in Wohnungen bis zu vier Wohnräumen. Dem Wohnungsmangel muß also in erster Linie durch Errichtung von Kleinwohnungen abgeholfen werden.

Das Sparguthaben wächst. Die gesamten Spareinlagen in den deutschen Sparkassen erreichten Ende März 1926 2044,6 Millionen Mark, haben also damit die Zweimilliardengrenze überschritten. Betrachtet man die Entwicklung der Sparguthaben bei den deutschen Sparkassen seit der Stabilisierung, so zeigt sich, daß Ende 1924 schätzungsweise wieder etwa 600 Millionen Mark Spareinlagen, Ende 1925 mehr als 1,6 Milliarden vorhanden waren. Es sind also infolge lebhafter Sparsparität im Laufe des Jahres 1925 mehr als eine Milliarde Spargelder den Sparkassen zugeflossen, d. h. ungefähr doppelt soviel wie im Vorjahre. Was das bedeutet, wird klar, wenn man die Wirtschaftsverhältnisse des letzten Jahres berücksichtigt, und wenn man ferner nicht an der bemerkenswerten Tatsache vorbeigeht, daß in keinem der letzten Jahre vor dem Kriege eine so große Zunahme der Einzahlungen bei den Sparkassen aufzuweisen war, selbst wenn man dabei die Verminderung der Kaufkraft des Geldes in Rechnung stellt. So waren z. B. im Jahre 1911 bei den deutschen Sparkassen 498,1 Millionen, im Jahre 1912: 274,9 und im Jahre 1913: 393,9 Millionen Einzahlungsüberschüsse vorhanden. Die günstige Entwicklung der Sparguthaben ist auch im 1. Vierteljahre 1926 nicht zum Stillstand gekommen: von Januar bis März 1926 hat sich das Sparguthaben bei den deutschen Sparkassen um weitere 400 Millionen erhöht. Fortschrittmäßig nach den Gründen dieser starken Belebung der Sparsparität, so sieht man an erster Stelle das Bedürfnis, sich durch Sparen wieder Rücklagen, wieder einen Notsperrfennig zu schaffen. Man wird also aus der auffälligen Erweiterung der Sparsparität nicht ohne weiteres folgern können, daß die Fähigkeit der Bevölkerung, aus dem Einkommen Ersparnisse zu machen, zugenommen hat.

Mißverhältnis zwischen Löhnen und Unterhaltskosten. Daß zwischen den Lebenshaltungskosten und den Löhnen in fast allen Ländern ein Mißverhältnis besteht, geht aus einer in der Zeitschrift des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart veröffentlichten Tabelle hervor. Es werden da gegenübergestellt der „monatliche Bedarf bei sparsamer Lebenshaltung“ und monatliche Bezüge von Arbeitern, Handwerkern, Handlungsgehilfen, Ingenieuren und leitenden Kaufleuten. Die Monatsbezüge der Arbeiter sind in den allermeisten Fällen niedriger als der Bedarf eines ledigen bei sparsamer Lebenshaltung. Während z. B. der Monatsbedarf in Oesterreich mit 200 bis 250 Schilling angegeben wird, besteht der Arbeiter dort durchschnittlich nur 150 bis 200 Schilling. In Ungarn erhält ein Arbeiter im Durchschnitt 2 bis 3 Millionen Kronen, während mit einem Monatsbedarf von 3 bis 4 Millionen Kronen gerechnet wird. In Südböhmen erhält der Arbeiter 2000 bis 3000 Dinar, während er 3000 bis 5000 für seinen Unterhalt braucht; in der

Tschechoslowakei bezieht er 700 bis 800 Kronen und benötigt 800 bis 1200 Kronen. Für Polen wird ein Monatslohn von 200 bis 300 Zloty angegeben bei einem Monatsbedarf von 350 bis 500 Zloty. In Portugal stellen sich die Lebenshaltungskosten auf neun englische Pfund, während ein Arbeiter durchschnittlich nur 5 bis 6 Pfund erhält. Ähnliches ergibt sich für eine große Anzahl von Staaten, während nur in wenigen Ländern, wie etwa in Holland, England, Lettland und der Schweiz, die Bezüge der Arbeiter dem errechneten Monatsbedarf bei sparsamer Lebenshaltung einigermaßen gleichkommen und nur in den Vereinigten Staaten und Kanada darüber hinausgehen. Dieses Mißverhältnis zwischen Löhnen und Unterhaltskosten ist die Erklärung für die in fast sämtlichen Ländern ungenügende Kaufkraft der Massen, durch die Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit verursacht werden. Noch viel ungenügender als für den ledigen Arbeiter sind die Bezüge eines Arbeiters, wenn er eine Familie zu ernähren hat.

Bedeutung Nationalisierung erhöhte Arbeitslosigkeit? Es ist nicht zu leugnen, daß die Arbeitsleistung, berechnet auf den Kopf des Arbeiters, in verschiedenen Industriezweigen erheblich gestiegen ist. Heute kann so dieselbe Menge von Waren mit bedeutend weniger Arbeitskräften erzeugt werden. Nach Angabe des Vereins für die bergbaulichen Interessen entfiel bei der Kohlenförderung im Mai 1925 auf den Mann ein Schichtförderanteil von 908 Kilogramm; Ende Dezember 1925 hatte der Schichtförderanteil 1031 Kilogramm erreicht und damit die Vorkriegsarbeitersleistung um 195 Kilogramm überbieten. Ende 1925 wurden im Kohlenbergbau nur noch 396 000 Arbeiter beschäftigt (gegenüber 428 800 vor dem Kriege), 76 000 weniger als Anfang 1925. In der Deutschrift des erwähnten Vereins wurde für den Ruhrbezirk ein Kohlenbedarf von 22,5 Millionen Tonnen errechnet. Auf Grund eines Schichtförderanteils von 908 Kilogramm pro Mann schätzte man den Arbeiterbedarf auf 401 000 Mann. Bei einer Steigerung des Förderanteils von 908 auf nur 1000 Kilogramm wären für die Produktion derselben Menge 31 000 Bergarbeiter weniger nötig. Die Nationalisierung der Produktion hat die Arbeitsleistung der Betriebe naturgemäß erhöht. So wurde die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der Hochöfen von 172 Tonnen täglich im Jahre 1922 auf 243 Tonnen im Februar 1926 erhöht, wobei die Hochöfen durch die gleiche Belegschaft bedient werden. Ähnlich steht es in der Stahlindustrie, wo die Konzentration der Betriebe eine außerordentliche Steigerung der Leistungsfähigkeit herbeiföhrt, wobei die Zahl der beschäftigten Arbeiter seit Beginn der Nationalisierung um 20 000 zurückging. Ein anderes Beispiel bieten die Werkstätten der Eisenbahn, deren Leistungsfähigkeit stark erhöht wurde. Diese Werkstätten können die Ausbesserung einer Lokomotive, die in der Vorkriegszeit eine Arbeit bis zu 130 Tagen erforderte, in 20-30 Tagen fertigstellen. Damit dieser erhöhten Arbeitsleistung der Werkstätten, konnte die Zahl der Werkstätten von 114 im Jahre 1920 auf 90 verringert werden. Die Zahl der in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter sank aber von 214 533 im Jahre 1920 auf 117 115 Anfang des laufenden Jahres. Im Jahre 1925 wurden 30 000 Werkstättenarbeiter entlassen. Im laufenden Jahre sollen noch weitere 6000 abgebaut werden. Diese Beispiele zeigen, wie vermehrte Leistungsfähigkeit der Betriebe durch Nationalisierung zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führt. Vielleicht ist diese Arbeitslosigkeit zeitig begrenzt, denn es besteht die Möglichkeit, daß Nationalisierung zugleich neue Arbeitslosigkeit schafft. Was dahin aber muß für die Arbeitslosen gejort werden.

Gewerkschafts-Rundschau

Düsseldorfer Ausstellung. Das Bezirkskartell Düsseldorf gibt bekannt, daß für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zum Besuch der Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Selbstübungen („Gesel“) ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von 1 M. beschafft werden können. Ortsgruppen, die die sehenswerte Düsseldorfer Ausstellung besuchen wollen, mögen sich direkt mit dem Düsseldorfer Kartell, Luisenstraße 37, in Verbindung setzen.

Das neue Heim der „Gepag“. Am 26. Januar 1926 eilte die Nachricht durch die deutsche Presse über einen großen Brand in den Zentralanlagen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Düsseldorf-Reisholz. Große Werte wurden zerstört, die aber durch die eigene „Deutsche Feuerversicherung“ gedeckt waren. Nach vier Monaten des Provisoriums haben nun die Zentralanlagen und Einrichtungen des Reichsverbandes und der „Gepag“ Großverkauf- und Produktions-A.-G. Deutscher Konsumvereine ein geräumiges und modern eingerichtetes Heim als neue Zentrale bezogen. Verwaltungsgebäude und Lageräume des ehemaligen Proviantamtes für das 8. Armeekorps in der Bayenstr. 45-47 zu Köln, direkt am Hafen gelegen, dienen nun dem fröhlichen Streben genossenschaftlicher Arbeit. Das Verwaltungs-

gebäude mit 32 Zimmern und das Lagergebäude mit seinen 5 Etagen und circa 5000 Quadratmeter Lagerflächen, bieten für längere Zeit dem frischen und zielbewussten Vorwärtstreben unserer Konjunktionsgenossenschaftsbewegung in ihrer Zentrale noch reichlich Raum zur Ausdehnung.

Die katholische Arbeiterbewegung im Oden.
Der Breslauer Diözesanverband kath. Arbeiter- und Männervereine, der am 1. Juni auf sein zweijähriges Bestehen zurückblicken kann, hielt vor kurzem in Breslau den 2. Verbandstag ab. Die Tagung war sowohl von Präsidien wie auch Delegierten aus allen Teilen der Provinz Schlesien und Brandenburg zahlreich besucht. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband 152 Vereine mit 15.733 Mitgliedern zählt. Die Verbandszeitung „Die Arbeit“ erscheint in einer Auflage von 13.000 und ist in 95 Vereinen obligatorisch eingeführt. Außer den Bezirkskonferenzen fanden drei besondere Konferenzen mit den kath. Gewerkschaftsfunktionären statt. Diese beschäftigten sich mit der Zusammenarbeit zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Standesvereinen. Das Verbandsgebiet ist in 12 Bezirke eingeteilt, und zwar: Berlin, Beuthen, Breslau, Frankenstein-Münsterberg, Glog, Görlitz, Leobschütz, Liegnitz, Meisse, Oppeln, Sagan und Waldenburg. Die Tagung gab Zeugnis von der Neubebauung der kath. Arbeiterbewegung im Oden. Nähere Auskunft erteilt Verbandssekretär Baumann, Breslau I, Antonienstr. 26, Fernspr. Ode 1357.

Der Begriff der Vereinigungsfreiheit. Ueber den Begriff der Vereinigungsfreiheit (§ 159 der Reichsverfassung) hat das Hamburger Amtsgericht am 29. Januar 1926 ein beachtenswerter Urteil gefällt. Diesem Urteil liegt folgender Sachverhalt zugrunde: In einem Betriebe benahm sich schon seit längerer Zeit ein Unorganisierte gegenüber den organisierten Kollegen herausfordernd. Er beschimpfte die Gewerkschaften und deren Führer, nannte die Organisierten Heel und Idioten, die ihre Beiträge den sog. „Bonzen“ opfereten. Die Beschimpfungen nahmen eine solche Form an, daß schließlich die Organisierten ein Weiterarbeiten mit dem Unorganisierten ablehnten. Dieser wurde darauf entlassen. Er strengte wegen „ sittenwidriger Schadenzufügung“ Klage an und verlangte Zahlung des Lohnausfalls. Die Klage wurde aber abgewiesen. In dem Urteil heißt es: „Daß der Kläger durch das Vorgehen der Beklagten den geltend gemachten Schaden erlitten hat, ist unbestritten. Es fragt sich jedoch, ob seine Zusage gegen die guten Sitten verstößt. — Im geltenden Recht gilt Koalitionsfreiheit; d. h. jeder kann sich mit anderen zur Wahrung und Förderung seiner Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen zusammenschließen. Damit ist nun nicht gesagt, daß der Betreffende durch die Rechtsordnung vor jedem daraus entstehenden Nachteil oder Schaden geschützt werden muß. Die Nachteile, die jemand wegen seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation in dieser Weise treffen, muß er mit in den Kauf nehmen. Eine der Koalitionsfreiheit entsprechende Nichtkoalitionsfreiheit gibt es nicht. Der Unorganisierte muß also außer den Nachteilen, die jeder Organisierte tragen muß, auch diejenigen erdulden, die sich für ihn aus dem Mangel einer der Koalitionsfreiheit entsprechenden Schutzvorschrift ergeben. Zu den sowohl von Organisierten als auch von Nichtorganisierten zu tragenden Uebeln gehört der wirtschaftliche Kampf der Organisierten untereinander und gegen die Unorganisierten. Die sich aus diesen Kämpfen ergebenden Schäden können nur dann eingeklagt werden, wenn ein Verstoß gegen die guten Sitten vorliegt. Dies ist dann der Fall, wenn die Art der Kampfmittel das normale Empfinden gröblich verletzt oder die angewandten Mittel „die wirtschaftliche Existenz des Gegners völlig oder nahezu untergraben“. Diese Grundfälle hat das Reichsgericht für den Fall des wirtschaftlichen Boykotts entwickelt. Sie treffen auch im vorliegenden Fall zu, handelt es sich doch um etwas Boykottähnliches. Daß die geforderte Entlassung zum wirtschaftlichen Ruin des Klägers zu führen geeignet war, kann jedoch nicht anerkannt werden. Es ist nämlich keineswegs vom Kläger behauptet worden, daß etwa der Boykott von der Gewerkschaft ausginge und die Beklagten nur im Auftrage dieser gehandelt hätten. Wäre dies der Fall, so wäre tatsächlich der Kläger in seiner Existenz bedroht. Aber selbst, wenn man die Untergrabung der Existenz annehmen wollte, würde man doch in diesem Falle den Beklagten kein sittenwidriges Vorgehen vorwerfen können. Die Beklagten wollten vom Kläger in schwerer Weise beleidigt werden sein durch dessen Worte: „Wer organisiert ist, ist ein Idiot.“ Der Kläger gibt zu, daß er möglicherweise diesen Ausdruck gebraucht habe. Das Gericht hält dabei für erwiesen, daß der Kläger, als er nach seiner Zugehörigkeit zum Verbands gefragt wurde, sofort die Beklagten beleidigt hat, daß erst dann sich eine erregte Auseinandersetzung angegeschlossen hat. Bei dieser Sachlage wird man den Beklagten nicht zumuten können, mit dem Kläger weiter zusammenzuarbeiten. Dann kann es nicht sittenwidrig sein, falls die Beklagten diese Forderung gezogen haben. Dabei ist es gleichgültig, ob die Beleidigung das Hauptmotiv oder nur ein willkommener Vorwand zum Vorgehen der Beklagten ist.“

Berichte aus unseren Jahrestellen

Barmen. Am 16. Mai fand hier die große Delegiertenversammlung des Graphischen Zentralverbandes von Rheinland und Westfalen statt. Viele fleißige Hände hatten die Vorbereitungen getroffen und alles festlich geschmückt. Ueber die Tagung enthält diese Ausgabe einen besonderen Bericht. Wegen 5 Uhr fand die Tagung ihr Ende. Leider war es den Gästen nicht möglich, bei dem Regenwetter unsere herrlichen Anlagen und sonstigen Sehenswürdigkeiten zu besichtigen. Eine Fahrt mit der Schwebbahn wurde aber doch gemacht. Um 7 Uhr abends war die Feier des 25-jährigen Bestehens der Jahrestellen Barmen-Elberfeld. Der Vorsitzende, Kollege Lautenschläger, wünschte allen frohliche Stunden im engeren Kollegenkreis. Die Feiern hielt Bezirksleiter Schöbgle r. Es war ein schönes, gemüthliches Zusammensein. Allen Mitwirkenden sei an dieser Stelle gedankt.

Berlin. Es waren nicht viele, die sich zu unserer letzten Versammlung eingefunden hatten. Eine Ansprache über unsere Tageszeitung „Der Deutsche“, hätte mehr Mitglieder herbeizutreiben müssen. Anlaß zu dieser Frage gab die bekannte Entschliessung des Vorstandes Kongresses über den „Deutschen“, die von unserer Ortsgruppe eingereicht war. Herr Kaulfers, Geschäftsführer unserer Tageszeitung, brachte uns in einer interessanten Blauderei viel Wissenswertes über den deutschen Blätterwald und den „Deutschen“. So manden, der gekommen war, um scharfe Kritik an „Deutschen“ zu üben, nahm er vorher den Wind aus den Segeln. Trotzdem gestattete sich die Blauderei doch sehr anregend. Illustriert wurde die Blauderei durch 50 Lichtbilder: „Wie eine Zeitung entsteht.“ (Vom Baum bis zum fertigen Exemplar.) Ihre wesentliche Bedeutung erhielt die Versammlung durch folgende Entschliessung:

„Zum Zweck der Auffüllung der überaus stark in Anspruch genommenen lokalen Arbeitsstellen und Krankenunterstützungskasse wird von den männlichen Mitgliedern eine Sonderleistung von 2 M., von den weiblichen eine solche von 1 M. gefordert. Diese Summe muß bis zum 1. Juli von jedem gezahlt, und spätestens am 10. Juli d. J. im Büro eingegangen sein; sie kann in wöchentlichen Raten von 50 bzw. 25 Pfennigen eingezahlt werden. Auszahlung erfolgt durch vier Marken im Mitgliedsbuch.“ Dieser Beschluß ist durchaus notwendig, nachdem ein Vierteljahr nach Einführung der 3 M. Lokalunterstützung zeitweise 20 Prozent der Mitglieder krank oder erwerbslos waren. Es wird wohl kaum ein Mitglied in unserer Ortsgruppe sein, das ein Verständnis für diese Maßnahme nicht aufbringt. Von nicht geringerer Bedeutung ist der zweite Beschluß der Versammlung, der noch einmal auf den § 27 letzten Satz unserer Satzungen hinweist und dessen strengste Durchführung fordert. Wenn in den §§ 23 und 25 sofortige Meldung gefordert wird und der § 27 die Unterstützungszahlung mit dem Tage der Meldung beginnen läßt, so muß im Interesse einer geordneten Kassenführung dementsprechend verfahren werden. Also, es möge sich ein jeder merken: Bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit wird Unterstützung erst vom Tage der Meldung im Büro ab gezahlt. Das bedeutet, daß derjenige, der sich erst nach 14 Tagen, drei Wochen oder gar erst nach Beendigung der Krankheit meldet, für diese Zeit keine Unterstützung erhält. G. V.

Freiburg i. Br. Unsere letzte ordentliche Mitgliederversammlung am 15. Mai wurde im Vorort Jährlingen gehalten, um den dort wohnenden Kolleginnen entgegenzukommen. Der Abend erhielt ein ganz besonderes Gepräge durch eine festliche Feier. Die trotz schlechtem Wetter sehr gut besuchte Versammlung wurde in Abwesenheit des 1. Vorsitzenden vom 2. Vorsitzenden, Kollegen Pungwiz geleitet. In einem meisterhaft aufgearbeiteten, kurzen Vortrag behandelte er zunächst die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Er kennzeichnete die verfehlte Einstellung führender Wirtschaftskreise, die den betriebstechnischen Vorrang anderer Länder durch schärfste Arbeiterknebelung auszugleichen streben. Kollege Scherer gab seiner Freude Ausdruck, in dem neuen 2. Vorsitzenden wieder den rechten Mann gefunden zu haben, der, wie sein Vorgänger, mit klarem Blick an die Dinge herantritt. Kollege Kuner gab einige lehrreiche Zahlen und Vergleiche aus der letzten Abrechnung und behandelte kurz die Frage: „Warum Gewerkschaften?“ Damit war die Ueberleitung zu der nun folgenden kleinen Feier gegeben. Unsere liebe Kollegin Sophie Steiger hatte sechs Jahre lang pflichterfüllt als Betriebsratsmitglied gewirkt, eine Wiederwahl aus Gesundheitsrücksichten in diesem Jahre aber abgelehnt. Ihre dankbaren Kolleginnen ließen es sich nicht nehmen, durch ein schönes Geschenk die geleistete Arbeit anzuerkennen. Kollege Bender überreichte der am festlich geschmückten Ehrenplatz sitzenden Kollegin das Geschenk und schüßerte ihnen selbstlosen Pflichterfüller und das gute Zusammenarbeiten. Kollege Fuß schloß sich dem an, zugleich betonend, daß Kollegin Steiger nicht nur als Betriebsrat, sondern ebenfalls als Vorstandsmitglied der Ortsgruppe immer

eine treue, eifrige Mitarbeiterin war und noch ist. Seine Worte klangen aus in ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die Gefeierte. Der nun folgende gemüthliche Zeit wurde glänzend bestritten von unserem Vorn-Vorsteher unter Leitung des Kollegen Fritz Göring und einer ganzen Anzahl humoristischen. Mit dem Dank an alle, die zum guten Gelingen des Abends beigetragen, verband der Vorsitzende den Wunsch, daß sich dieser gute Geist der Zusammen- und Mitarbeit erhalten und noch vertiefen möge.

Welschkirchen. Unsere Monatsversammlung, die am 15. Mai mit den Mitgliedern des Guttenberg-Bundes stattfand, konnte sich trotz des regnerischen Wetters eines guten Besuchs erfreuen. Kollege Benoit len erörterte einige geschäftliche Angelegenheiten und gab dann einen kurzen Ueberblick über die Vorgänge der letzten Zeit. Sodann hielt ein anderer Kollege einen interessanten Vortrag über die Gegenstände der freien und christlichen Gewerkschaften. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Nach allgemeinem Beschluß der Anwesenden, ist die nächste Versammlung am Samstag, 19. Juni.

Hegenoburg. Am festlich geschmückten Saale der Jakobinekirche hatte sich am 8. Mai eine große Anzahl Kolleginnen und Kollegen zumangefunden. Woll es doch, einen alten Gewerkschaftspionier zu ehren. Kollege Al. Gehbart hatte das Glück, sein 50. Arbeitsjubiläum bei der Firma Kösel und Puffert zu feiern. Ein ausgewähltes Konzertprogramm und humoristische Vorträge verschönten den Abend. Kollegin Ael. Leni Schmid trug einen sinnig verfaßten Prolog vor. In einer kurzen Ansprache wies der Vorsitzende, Kollege Huber, auf die Verdienste hin, die sich der Jubilär um die Jahrestelle und die Arbeiterchaft erworben hat. Längere Zeit führte der Jubilär den Vorsitz der Jahrestelle. Immer und immer war er für seine Kollegen tätig. Als äußeres Zeichen der Ehrung überreichte der Vorsitzende dem Jubilär nebst herzlichsten Glückwünschen ein Geschenk. — Im vergangenen Jahre konnten vier Kollegen ihr 50. Arbeitsjubiläum feiern. Die Kollegen Weidener, Weisenhofer, Strenger und Ebenhöch. Allen diesen Jubilaren, die immer treu und tapfer zu uns gehalten, nochmals unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Soran N. L. In der gemeinsam mit dem Guttenberg-Bund am 21. April abgehaltenen Monatsversammlung, waren alle Mitglieder erschienen. Nachdem Kollege H. N. J. einen kurzen Bericht über die Konferenz in Breslau gegeben hatte, hielt uns Kollege J. A. J. einen lehrreichen Vortrag. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Ein Mitglied konnte aufgenommen werden.

Graphischer Zentralverband Rdn a. Rh.
Geschäftsstelle: Bismarckstr. 9, Fernspr. West 22 522
Postfachkonto: Rdn 15171

Ueberschungen gingen ein bis zum 22. Mai 1926: Bonn II, Frankfurt, W.-Gladbach, Erfeld, Breslau, Dortmund, Ostersloh, Hagen, Hamm, Augsburg, Berlin, Dresden, Kudothadt, Glog, Neusalz, Brauns.

Gründer sandten ein bis zum 22. Mai 1926: Kreuz, Neusalz, Neurade, Sorau, Frankfurt, Hamm, Kudothadt, Paderborn, Puffert, Hof, K. Aueheim, Bonnwehrt, Freilich, Hagen, Würzburg, Angerburg, Dortmund, Bonn II, Mainz, Kempten.

Zeilenpreis 10 Pfennig
Vorauszahlung erforderlich
Anzeigen
Jahrestellenanzeigen kosten 5 Pfennig die Zeile

Inferm lieben Kollegen
Lutje Ries
und Bräutigam
herzliche Glückwünsche zur
Vermählung.
Ortsgruppe Freiburg i. Br.

Inferm lieben Kollegen
Othmar Holzner
zum 25jährigen Arbeits-
jubiläum
herzlichen Glückwunschn.
Ortsgruppe Freiburg i. Br.

Inferm lieben Kollegen
Hoff Heimbürger
und Braut
zur Vermählung herzliche
Glückwünsche.
Ortsgruppe Freiburg i. Br.

**Gewerkschafts-
nadeln**
Preis einzeln 60 Pf. einzeln. Vorkauf
und Verpackung
Christl. Gewerkschafts-Verlag,
Str. Wilmersdorf, Kaiserallee 20.

Was jedermann von der Erwerbslosenfürsorge wissen muß
Die 2. Auflage dieser kurz gefassten und doch genügend aufklärenden Schrift ist erschienen. Diese Broschüre unterrichtet über den Personalkreis, der in der Fürsorge einbezogen ist, über die Bestimmung von der Beitragsleistung, über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung, sowie über die Voraussetzungen für den Anspruch. Weiter bringt sie Ausführungen über die Fürsorge für Jugendliche, die Arbeitspflicht, die Kurzarbeiterunterstützungen und die Hochgradarbeiten. Es dürfte kaum eine zweite Broschüre vorhanden sein, die trotz des billigen Preises in so ausführlicher, allgemein verständlicher Weise alle Wissenswerte über die Erwerbslosenfürsorge enthält, wie diese Schrift. Preis 25 Pfennig.
Christlicher Gewerkschafts-Verlag — Berlin-Wilmersdorf Kaiserallee 25.